

## 2026: Bund und Länder müssen Farbe bekennen – Pflege wird genau hinsehen



### **Peter Tackenberg**

stellv. DBfK-Bundesgeschäftsführer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt einen Punkt, an dem Geduld nicht mehr konstruktiv ist, sondern politisch riskant. Diesen Punkt hat die professionelle Pflege erreicht. Pflegefachpersonen arbeiten unter permanentem Druck, übernehmen Verantwortung rund um die Uhr und erleben zugleich, wie ihre Expertise politisch relativiert oder vertagt wird. Das ist kein Naturgesetz. Das ist das Ergebnis politischer Entscheidungen – auf Bundes- und auf Länderebene.

2026 ist deshalb mehr als ein weiteres Reformjahr. Im März und im September stehen Landtags- und Kommunalwahlen in acht Bundesländern an. Pflegefachpersonen und Beschäftigte im Gesundheitswesen gehören zu einer der größten, gut informierten und zunehmend politisierten Wählergruppen. Wer glaubt, diese Gruppe weiter „an der langen Leine“ halten zu können, verkennt die Realität. Pflege schaut genau hin – und sie wird vergleichen.

Der Bund diskutiert Reformen der Pflegeversicherung, der Krankenhausstrukturen und der Versorgungslogik. Die Länder tragen Verantwortung für Krankenhausplanung, Bildung, kommunale Versorgungsmodelle und konkrete Umsetzung. Noch immer verweisen beide Ebenen gern aufeinander. Für die Pflege bedeutet dieses politische Pingpong seit Jahren Verzögerung. 2026 darf dieses Muster nicht fortgesetzt werden – weder politisch noch wahlstrategisch.

Dabei zeigt sich längst: Es gibt Bundesländer und Kommunen, die mutig vorangehen. Sie setzen auf Community Health Nursing, bauen Schulgesundheitspflege auf und stärken pflegerische Versorgung

dort, wo Menschen leben. Diese Modelle zeigen, dass Pflege Versorgung gestalten kann – präventiv, niedrigschwellig und wirksam. Andere Länder zögern, verschieben oder setzen weiterhin vorrangig auf arztzentrierte Versorgungskonzepte, obwohl der Fachkräftemangel alle Berufsgruppen betrifft. Diese Unterschiede werden sichtbar – und sie werden politisch bewertet werden.

Auch beim Thema Personal zeigt sich die Komplexität der Lage. Personalbemessungsinstrumente sind gesetzlich geregelt, doch ihre Wirkung hängt von Umsetzung, Finanzierung und vor allem von einem Arbeitsmarkt ab, der seit Jahren wie leergefegt ist – obwohl wir wissen, dass Pflegefachpersonen in großer Zahl wieder einsteigen würden, wenn sich die Verhältnisse ändern. Das entbindet niemanden von Verantwortung: Politik muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, Träger müssen sie umsetzen und das System insgesamt muss Pflegeberufe so attraktiv gestalten, dass Menschen bleiben und zurückkehren. Ein Regelwerk allein füllt keine Dienstpläne – politische Konsequenz aber schafft Voraussetzungen.

In der Bildung wiederholt sich das Bild. Die generalistische Ausbildung wird politisch infrage gestellt, akademische Pflege und neue Rollen wie Advanced Practice Nursing oder Community Health Nursing werden je nach Bundesland unterschiedlich unterstützt. Diese Uneinheitlichkeit ist kein Zufall, sondern Ausdruck politischer Prioritätensetzung. Auch hier gilt: Pflege registriert sehr genau, wer gestaltet – und wer blockiert.

Die anstehenden Reformen auf Bundes- und Landesebene werden damit zum Lackmustest. Krankenhausreform, Pflegeversicherung, kommunale Versorgung: Ohne Pflege werden diese Reformen nicht tragen. Und ohne politische Verbindlichkeit werden sie das Vertrauen weiter untergraben. Der DBfK wird 2026 genau hinsehen – und benennen, wo Verantwortung übernommen wird und wo nicht. Pflege braucht keine weiteren Prüfaufträge. Sie braucht Entscheidungen. Pflege ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Ob die Politik dazu bereit ist, wird sich im neuen Jahr entscheiden.